



LOSDEMOKRATIE ODER FÜNF FORDERUNGEN QUEERER POLITIK?

„Als queerer Ethos richtet sich die affirmative und transformative Anerkennung grundsätzlich gegen jene gesellschaftliche Wirklichkeit, in der Menschen hierarchisch eingeteilt und kategorisiert werden und in der diese Hierarchien durch Gesetze, Institutionen, Vorstellungen, Positionen u.v.m. verfestigt sind. (...) Insofern bedarf die umfassende Verwirklichung dieses Ethos der Dekonstruktion von Kategorisierungen und Hierarchien und deren Auswirkungen auf Menschen sowie explizit der Bereitschaft jener, die hierarchisch ‚höher stehen‘, ihren Status von sich aus reflektierend zu verändern.“¹

Bei dem Workshop „Anarchafeminismus – Queer Politics – Solidarische Ökonomie“ an den internationalen queer-feministischen Tagen 2008 in Wien stellte ich einige mögliche Forderungen queerer Politik zur Diskussion. Bei den rund 40 Teilnehmer_innen stießen die meisten davon auf interessiertes Nachdenken. Besonders die Losdemokratie regte die Diskussion an und es entstand der Gedanke statt Stars, „eine Person der Woche“ zu losen, welche konzentriert Aufmerksamkeit in dieser Zeitspanne erhalten sollte. Eine Teilnehmerin äußerte die Kritik, dass ihr diese Forderungen zu weit gingen. Es ist wichtig, diesen Gedanken der Kritik nicht zu unterschlagen.

Diese fünf mit utopischen Elementen verknüpften Vorschläge, Forderungen für eine queere Politik zu entwickeln, berücksichtigen die Strategien der „Enthierarchisierung“, der „Denormalisierung“ und der „Veruneindeutigung“, wie sie Antke Engel² benennt. Ausgehend von einer „Politik der Autonomie“, entwickelt von Gudrun Perko, wird in den folgenden vorläufigen und grob skizzierten Hilfsbegriffen die Umsetzung der „Abschaffung der Hierarchie(n) als Teilung der jeweiligen Gesellschaft in Macht und Nicht-Macht, „höhere“ und „niedere“ Statusgruppen, mit Rechten und Nicht-Rechten ausgestatteten Menschen u.v.m. gefordert.“³ Im Zentrum dieser fünf Beispiele für eine queere Politik steht der Gedanke des Verwischens von Identität. Es handelt sich um Gedankenexperimente mit utopischen Elementen und darum wie gesellschaftliche Bezüge zueinander unabhängig von Identitätsprüfungen lebbar würden. Das weltweite bedingungslose Grundeinkommen ohne Bedarfsprüfung beispielsweise wird innerhalb großer Teile sozialer Bewegungen diskutiert und dient besonders dazu, die scheinbare Alternativenlosigkeit aktueller Machtverhältnisse in Frage zu stellen. „Lust am Denken“ nennen es Gudrun Perko und Leah Carola Czollek. Es geht aber bei diesen Argumenten auch um den Versuch, verschiedene Teile sozialer Bewegungen miteinander ins Gespräch zu bringen. Ein diesen fünf Forderungen zu Grunde liegendes Konzept, nenne ich Geschlechterbasisdemokratie.

1 Stärkung von Losdemokratie
Herrschaft erzeugt Politikverdrossenheit, da durch sie systematisch Ohnmachtsgefühle verstärkt werden, durch Wahlen ohnehin nichts ändern zu können. Geschlechterbasisdemokratie schlägt deshalb die Ausweitung der bereits jetzt in manchen Gremien geübten Losdemokratie nach dem Konzept von John Burnheim⁴ vor. Personen werden für wichtige Ämter nicht aufgrund ihrer Identität gewählt, sondern per Zufall einmalig gelost. Die Losdemokratie ermöglicht es, dass alle Personen ohne Ausschluss und ohne Identitätsprüfung in Funktionen gelost werden können und dieses Amt für eine Periode ausüben. Dadurch wird der Herausbildung von Oligarchien, Eliten und der systematisch legitimierten Herrschaft innerhalb eines Geschlechts entgegengewirkt. Personen etwa mit „höherer Bildung“, größerem Einkommen, viel Eigentum und Kapital können nur indirekt durch Lobbying und Expert_innentum auf entscheidende Gremien Einfluss nehmen. Dieses Verfahren führt zur Erhöhung von aktiver und passiver Wählbarkeit in alle politischen Ämter, wodurch diese viel näher an den Alltag heran rücken. Die Anforderungen an die durch das Los bestimmten Personen in entscheidenden Ämtern erreichen keine so unrealistischen Überhöhungen oder Abwertungen wie heute, da alle Personen damit rechnen müssen, konkret, selbst morgen sich in der Situation dieser Entscheidungsprozesse zu finden. Klagen, dass große Zentralverwaltungen „bürger_innenfern“ sind, wären nicht mehr so überzeugend. Es wäre nicht notwendig systematisch weibliche Eliten herauszubilden bzw. auf Quoten zu achten, da über das Losverfahren durch das Zufallsprinzip ohnehin eine entsprechende Auswahl von unterschiedlichen Geschlechtern stattfinden würde. Es wäre nicht notwendig die Herrschaft innerhalb eines Geschlechts, von Frauen über Frauen zu rechtfertigen, da es ohnehin keine auf Gerechtigkeit bezogene gültige Rechtfertigung (als strukturelle

Gewalt) dafür gibt. Wenn die Ansprüche von Herrschaft minimiert werden, wäre die Komplexität von Entscheidungsverfahren in kollektiven Gremien leicht bewältigbar, sodass sie von allen begriffen und handelnd beeinflusst werden könnten. Wählbarkeit und Machterhalt sind keine Kriterien mehr, da alle Personen öffentliche Ämter nur genau einmal ausüben können. Die herrschaftliche Strukturierung und Konstruktion von Identitäten und ihre permanente Abgrenzung gegen andere durch das aggressive Spiel des Ein- und Ausschlusses machte nicht mehr so viel Sinn, da es nicht gewählt Personen mit fixierten Identitäten sind, welche wichtige Entscheidungen treffen würden, sondern vom Zufall bestimmte Personen.

2 Abschaffung des Geschlechts aus Pässen und weltweiter Personenverkehr ohne Identitätsprüfung
„Präferiert wird das Sein-Können von Menschen, wie sie sein wollen und die Selbstentscheidung aller Subjekte, sich selbst zu präsentieren, zu bezeichnen oder zu definieren, wenn und wann immer sie es wollen (...)“⁵

Aus queerer Theorie und queerem Aktivismus, welche die Eindeutigkeit von Geschlechtsidentitäten in Frage stellen, ergäbe sich eine Forderung nach der Streichung von eindeutigen Geschlechtszuordnungen aus Pässen, Identitätskarten und behördlichen Datenbanken in relativ logischer Weise. Identität und Geschlechtsidentität lässt sich aber nicht vom kulturellen Kontext trennen. So verstünde es sich eigentlich von selbst, dass kulturelle und nationale Zuschreibungen in Pässen, Identitätskarten und behördlichen Datenbanken ebenfalls gestrichen werden sollten. Wenn wir aber kulturelle und nationale Bezüge aus Pässen, Identitätskarten und behördlichen Datenbanken weglassen würden, führten sich diese Dokumente selbst ad absurdum. Durch